

An **Interessierte**

Knochenhauerstraße 20-25
28195 Bremen
Tel. 0421/30 23 80
Fax 0421/30 23 82

Von Paul M. Schröder (Verfasser)
eMail: institut-arbeit-jugend@t-online.de
Seiten 4

Datum 10. November 2006 (sgb2-ausgaben-eingliederung-102006.pdf)

Kurzmitteilung

Hartz IV-Eingliederungsleistungen 2006 („Leistungen zur Eingliederung in Arbeit“):

- im **Bundeshaushalt 2006 sind für 370 (der 439) Kreise etwa 5,7 Milliarden Euro vorgesehen – von denen nach teilweiser Mittelspernung noch 4,9 Milliarden Euro zur Verfügung stehen;**
- **bis Oktober 2006 wurden in diesen 370 (von 439) Kreisen 2,88 Milliarden Euro ausgegeben;**
- **in 83,3% des Haushaltsjahres (10 von 12 Monaten) wurden erst 58,8% der nach teilweiser Mittelspernung verbliebenen Mittel abgerechnet – 51,1% in Westdeutschland, 70,4% in Ostdeutschland und 73,8% in Ostdeutschland ohne Berlin;**
- **die entsprechenden Anteile in den Ländern reichen von 46,4% in Hessen und 47,2% in NRW bis 75,7% in Mecklenburg-Vorpommern und 76,1% in Thüringen (jeweils ohne die zugelassenen kommunalen Träger).**

Vorbemerkung: Das Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ) hat zuletzt am 16. August 2006 über die Ausgaben für „Leistungen zur Eingliederung in Arbeit“ gemäß SGB II (Hartz IV) in 370 von 439 Kreisen auf Länderebene berichtet. Für die 69 zugelassenen kommunalen Träger lagen und liegen noch immer keine entsprechend veröffentlichten Daten vor. Am 5. September 2006 hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages die Sperrung von 1,1 Milliarden Euro (von insgesamt veranschlagten 6,47 Milliarden Euro) teilweise aufgehoben. Gesperrt sind zur Zeit 870 Millionen der 6,47 Milliarden Euro. Das heißt, im laufenden Haushaltsjahr (2006) stehen in den 439 Kreisen 5,60 Milliarden Euro für „Leistungen zur Eingliederung in Arbeit“ zur Verfügung. (vgl. Spalte 4 in der Tabelle auf Seite 3) Auf Grundlage der am 17. August 2006 geänderten Eingliederungsmittel-Verordnung 2006 wurde die regionale Verteilung der Mittel geringfügig geändert. Die Auswirkung dieser Änderungen auf der Landesebene blieben in der Tabelle auf Seite 3 (Spalte 4) unberücksichtigt. ■

Von den nach der Sperrung von 870 Millionen Euro verbleibenden 5,60 Milliarden Euro entfallen gemäß Eingliederungsverordnung 2006 in der Fassung vom 21. Dezember 2005 insgesamt 4,90 Milliarden Euro auf die 370 Kreise (ohne die 69 zugelassenen kommunalen Träger). (vgl. Spalte 4) Bis Oktober 2006 wurden davon 2,88 Milliarden Euro ausgegeben (abgerechnet). Dies entspricht nach Verlauf von 83,3% des Jahres (10 von 12 Monaten) einem Anteil von lediglich 58,8% (vgl. Spalte 8).

In **Ostdeutschland** und insbesondere in Ostdeutschland ohne Berlin (94 bzw. 93 Kreise ohne die 19 optierenden Kreise) wurde bereits deutlich mehr ausgegeben bzw. abgerechnet: 70,4% bzw. 73,8%. Die entsprechenden Anteile in den sechs ostdeutschen Ländern reichen von 61,7% in Berlin bis 75,7% in Mecklenburg-Vorpommern und 76,1% in Thüringen. (vgl. Spalte 8) >>>

In **Westdeutschland** (276 Kreise ohne die 50 optierenden Kreise) wurden bis Oktober 2006 lediglich 51,1% abgerechnet. Die entsprechenden Anteile der Länder reichen hier von 46,4% in Hessen und 47,2% in Nordrhein-Westfalen bis 69,2% und 69,5% in den beiden westdeutschen Haushaltsnotlageländern Saarland und Bremen.

(Warnung: Vorsicht beim Vergleich der absoluten Länderdaten in Spalte 5. Die 69 zugelassenen Träger verteilen sich sehr ungleich auf die 16 Länder.)

Während diverse, insbesondere ostdeutsche Kreise Probleme haben, geplante Maßnahmen im Rahmen der gekürzten Budgets zu finanzieren, wird im Haushaltsjahr 2006 in den 370 Kreisen zusammen (ohne die 69 optierenden Kreise) **mit großer Wahrscheinlichkeit sogar noch weniger für die Förderung ausgegeben als die nach der Sperrung verbliebenen 4,90 Milliarden Euro**. Ausgaben in Höhe von etwa 2,02 Milliarden Euro in den verbliebenen zwei Monaten dürften unwahrscheinlich sein – trotz des sich andeutenden „Jahresend- oder Dezember-Fiebers“. Die monatlich abgerechneten Ausgaben in den 370 Kreisen sind im Oktober 2006 deutlich gestiegen. Mit etwa 369,2 Millionen Euro lagen sie aber immer noch unter den monatlich zur Verfügung stehenden Mitteln in Höhe von etwa 408,6 Millionen Euro (4,90 Milliarden Euro dividiert durch 12). (vgl. Abbildung auf Seite 4) ■

Nachrichtlich:

1. Arbeitslosengeld II-Ausgaben in den 370 (von 439 Kreisen)

Für das sogenannte Arbeitslosengeld II (und das Sozialgeld) wurden vom Bund in den ersten 10 Monaten dieses Jahres in den 370 (von 439) Kreisen insgesamt 19,39 Milliarden Euro ausgegeben – 3,3% mehr als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres (Januar bis Oktober 2005). Wie sich diese Ausgaben auf West- und Ostdeutschland und die 16 Länder verteilen ist der Spalte 10 in der Tabelle auf Seite 3 zu entnehmen. Auch hier gilt: Vorsicht beim Vergleich der absoluten Länderdaten in Spalte 10, denn die 69 zugelassenen Träger verteilen sich sehr ungleich auf die 16 Länder. Zudem ist zu beachten, dass die Beitragszahlungen zur Kranken- und Pflegeversicherung seit September 2006 zusammengefasst von der BA-Zentrale überwiesen werden und nicht regional differenziert werden (können). Das heißt, zur Zeit sind 0,69 Millionen der 19,39 Milliarden Euro nicht den Ländern zugeordnet.

2. Das Verhältnis von Eingliederungsleistungen und Arbeitslosengeld II-Ausgaben

Im Bundeshaushalt 2005 waren knapp 45 Euro für „Leistungen zur Eingliederung in Arbeit“ pro 100 Euro Arbeitslosengeld II veranschlagt. Im Bundeshaushalt 2006 beträgt dieses Verhältnis etwa 26,50 pro 100 Euro. (6,47 zu 24,4 Milliarden Euro)

In den ersten zehn Monaten dieses Jahres (2006) wurden in den 370 nicht optierenden Kreisen lediglich **14,87 Euro pro 100 Euro Arbeitslosengeld II** ausgegeben – **11,73 Euro in Westdeutschland** und **21,07 Euro in Ostdeutschland**. (vgl. Spalte 9 in Tabelle auf Seite 3) In den 16 Ländern (jeweils ohne zugelassene kommunale Träger) reichte dieses Verhältnis **von 10,89 Euro pro 100 Euro Arbeitslosengeld II in Bayern bis 24,60 Euro pro 100 Euro Arbeitslosengeld II in Mecklenburg-Vorpommern**. Hinweis: Das Verhältnis Eingliederungsleistungen zu Arbeitslosengeld II-Ausgaben wird u.a. auch durch die Art der gewährten Leistung beeinflusst. Bei einem Teil der Eingliederungsleistungen – und dies gilt insbesondere für die Ein-Euro-Jobs (amtlich: Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung) – wird das Arbeitslosengeld II unverändert weitergezahlt. Bei anderen Leistungen – wie z.B. bei Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante, ABM oder Eingliederungszuschüssen – ist dies nicht der Fall. Die Förderung beendet i.d.R. den Anspruch auf Arbeitslosengeld II und verringert in jedem Fall die Ausgaben für das Arbeitslosengeld II. ■

>>>

Mittel für Eingliederung in Arbeit (SGB II): Soll 2005 und 2006 und abgerechnete Ausgaben Januar bis Oktober 2006

Länder sortiert nach Ländernummer (aufsteigend)

BL-Nr.	Region	Mittel für Eingliederung in Arbeit (SGB II) (Soll)				Abgerechnete SGB II-Eingliederungsmittel ...				Alg II	
		2005	2006	2006	2006 ¹	Jan - Oktober 2006			...	Jan-Okt 06	
			mit ...	ohne ...	nach	Anteil in v.H.			pro		
		in Mio Euro	... 300 Mio Euro ²	in Mio Euro	Sperrung ¹	in Mio Euro	mit ... 300 Mio Euro	ohne ...	nach Sperr.	100 Euro Alg II	in Mio Euro
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -	- 10 -	
Bundesrepublik Deutschland											
		6.550,0	6.470,0	6.170,0	5.600,0	
	Westdeutschland	3.817,4	3.874,0	3.694,4	3.353,1	
	Ostdeutschland	2.732,6	2.596,0	2.475,6	2.246,9	
	Ostdeutschland (ohne Berlin)	2.093,0	1.972,3	1.880,9	1.707,1	
darunter: 370 Kreise ohne optierende Kommunen (*)											
Bundesrepublik Deutschland*											
		5.663,8	5.664,9	5.402,2	4.903,1	2.882,3	50,9%	53,4%	58,8%	14,87	19.389,0
	Westdeutschland*	3.316,5	3.416,6	3.258,2	2.957,2	1.511,7	44,2%	46,4%	51,1%	11,73	12.885,1
	Ostdeutschland*	2.347,3	2.248,3	2.144,0	1.946,0	1.370,6	61,0%	63,9%	70,4%	21,07	6.503,9
	Ostdeutschland (ohne Berlin)*	1.707,7	1.624,7	1.549,3	1.406,2	1.037,6	63,9%	67,0%	73,8%	22,41	4.629,1
Bundesländer (16): alle Kreise											
01000	Schleswig-Holstein	216,7	221,7	211,4	191,9	
02000	Hamburg	179,8	184,4	175,9	159,6	
03000	Niedersachsen	562,6	562,3	536,2	486,6	
04000	Bremen	107,0	102,8	98,1	89,0	
05000	Nordrhein-Westfalen	1.330,6	1.418,3	1.352,5	1.227,6	
06000	Hessen	372,8	346,3	330,3	299,8	
07000	Rheinland-Pfalz	187,9	197,2	188,1	170,7	
08000	Baden-Württemberg	369,1	361,7	344,9	313,1	
09000	Bayern	413,0	403,9	385,2	349,6	
10000	Saarland	77,7	75,5	72,0	65,3	
11000	Berlin	639,6	623,6	594,7	539,8	
12000	Brandenburg	395,4	358,9	342,3	310,7	
13000	Mecklenburg-Vorpommern	327,7	313,8	299,3	271,6	
14000	Sachsen	616,4	593,7	566,2	513,9	
15000	Sachsen-Anhalt	468,2	431,4	411,4	373,4	
16000	Thüringen	285,0	274,5	261,7	237,6	
Bundesländer (16): 370 Kreise - ohne zugelassene kommunale Träger (und ohne besondere BA-Dienststellen; Alg II besDst: 687,4 Mio Euro!)											
01000	Schleswig-Holstein	194,1	203,0	193,6	175,7	96,7	47,6%	49,9%	55,0%	14,12	684,7
02000	Hamburg	179,8	184,4	175,9	159,6	80,7	43,8%	45,9%	50,5%	13,07	617,2
03000	Niedersachsen	438,1	449,6	428,7	389,1	203,1	45,2%	47,4%	52,2%	13,18	1.540,5
04000	Bremen	107,0	102,8	98,1	89,0	61,9	60,2%	63,1%	69,5%	19,00	325,7
05000	Nordrhein-Westfalen	1.178,9	1.267,6	1.208,8	1.097,2	517,5	40,8%	42,8%	47,2%	11,82	4.376,9
06000	Hessen	227,5	221,2	210,9	191,4	88,8	40,1%	42,1%	46,4%	11,28	786,7
07000	Rheinland-Pfalz	182,2	191,7	182,8	165,9	89,5	46,7%	49,0%	53,9%	12,38	723,1
08000	Baden-Württemberg	336,2	332,8	317,4	288,1	157,7	47,4%	49,7%	54,7%	11,59	1.360,6
09000	Bayern	398,7	391,5	373,3	338,9	172,9	44,2%	46,3%	51,0%	10,89	1.588,4
10000	Saarland	74,0	71,9	68,6	62,2	43,0	59,9%	62,8%	69,2%	17,22	249,9
11000	Berlin	639,6	623,6	594,7	539,8	333,0	53,4%	56,0%	61,7%	17,76	1.874,8
12000	Brandenburg	257,1	237,8	226,8	205,9	153,0	64,3%	67,4%	74,3%	21,49	711,7
13000	Mecklenburg-Vorpommern	304,6	291,1	277,6	252,0	190,8	65,5%	68,7%	75,7%	24,60	775,5
14000	Sachsen	492,9	481,1	458,8	416,4	302,3	62,8%	65,9%	72,6%	21,50	1.406,1
15000	Sachsen-Anhalt	386,3	356,4	339,9	308,5	221,4	62,1%	65,1%	71,8%	22,96	964,3
16000	Thüringen	266,8	258,2	246,2	223,5	170,0	65,9%	69,1%	76,1%	22,04	771,5

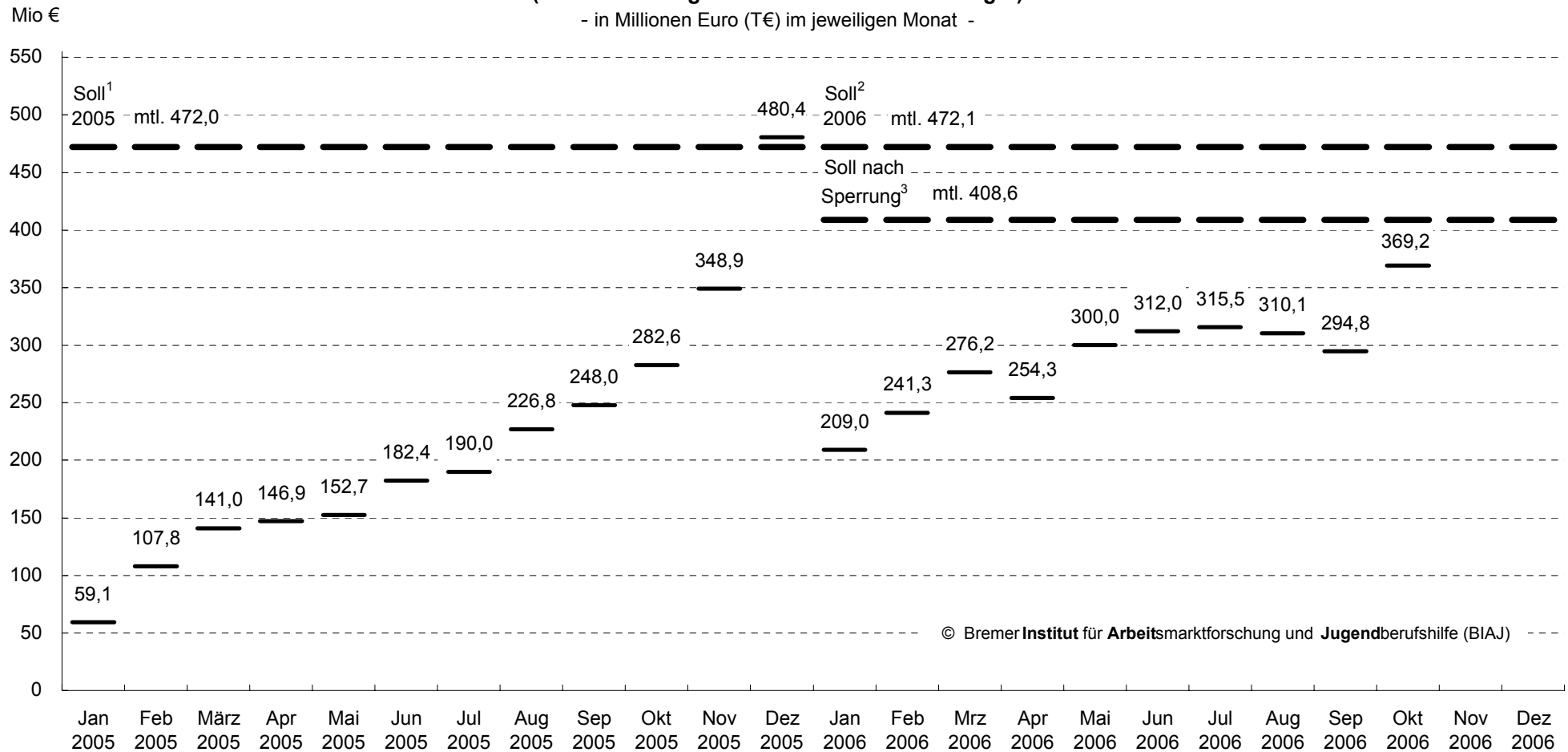
1 Im beschlossenen Bundeshaushalt 2006 sind noch 6,470 Milliarden Euro für "Leistungen zur Eingliederung in Arbeit" veranschlagt. 1,1 Milliarden Euro davon waren gemäß Haushaltsvermerk gesperrt. Die Sperre wurde vom Haushaltsausschuss am 5. September 2006 für 230 Millionen Euro aufgehoben.

2 gemäß § 1 Abs. 1 der Eingliederungsmittelverordnung 2006 vom 21. Dezember 2005 wurden 300 Millionen Euro "zunächst nicht zur Verteilung freigegeben".

Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA); Eingliederungsmittel-Verordnung 2006 (BGBl. I, Nr. 76 vom 30.12.2005), S. 3695; Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit bzw. Arbeit und Soziales; Bundesministerium für Finanzen; eigene Berechnungen (ohne Berücksichtigung der relativ geringfügigen regionalen Umverteilungen auf Grundlage der am 17. August 2006 geänderten Eingliederungsmittelverordnung - BGBl. I Nr. 40, S. 1975)

**Leistungen zur Eingliederung in Arbeit (SGB II): Ausgaben des Bundes
370 Kreise in der Bundesrepublik Deutschland
(ohne die 69 zugelassenen kommunalen Träger)**

Abb.
Stand: 10/06



1 bei gleichmäßiger Verteilung der 5.663,8 Mio Euro (370 Kreise) von 6.550 Mio Euro (439 Kreise) auf die 12 Monate (2005)
 2 bei gleichmäßiger Verteilung der 5.664,9 Mio Euro (370 Kreise) von 6.470 Mio Euro (439 Kreise) auf die 12 Monate (2006)
 3 bei gleichmäßiger Verteilung der 4.903,1 Mio Euro (370 Kreise) von 5.370 Mio Euro (439 Kreise) auf die 12 Monate (2006)
 Quelle: Bundesagentur für Arbeit (BA); eigene Berechnungen (BIAJ)